

Berliner Tageblatt

XIII. Jahrg. Nr. 21

22. Mai 1924

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 6 türk. Pd., Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 5 \$ U.S.A., Vereinigte Staaten (U.S.A.) 5 \$, Zentralamerika 5 \$ U.S.A. Anzeigen für die zweitagesallgemeine Nonparatizelle (Rudolf-Mosse-Normalzeilenmesser 4) 0,60 Goldmark für die 27 mm breite Zeile. Deutsche Waren 0,75 Goldmark für die 27 mm breite Zeile. Alleinst. Anzeigen-Aufnahme: Annoncen-Expedition: Rudolf-Mosse, Berlin SW 19, Briesen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Basel, Zürich, Bruck u. Verlag von Rudolf-Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlitas“ Berlin — Rudolf-Mosse-Obst.

Die Lehre der deutschen Wahlen.

Von Graf Max Montgelas. [Nachdruck verboten.]

Demokratie bedeutet Regierung nach dem Willen der Mehrheit des Volkes, das diesen Willen bei den Wahlen zum Ausdruck bringt. In einem parlamentarisch geschulten Lande wird die zur Regierung berufene Partei auf die durch die Wahlen bekundete öffentliche Meinung Rücksicht nehmen, auch wenn diese Meinung mit den eigenen Wünschen nicht völlig übereinstimmt. Nur wenn eine Partei für sich allein die Mehrheit erlangt, was das früher in England beim System der zwei Parteien gleichverständlich war, wird Regierungs- und Parteiprogramm gleichsam selbstverständlich sein können.

Wie hat sich nun die öffentliche Meinung in Deutschland bei den Wahlen zum 4. Mai bekundet? Außerlich betrachtet, besteht das Ergebnis darin, dass von den drei Mittelparteien das Zentrum etwas, die Demokraten stärker, die Deutsche Volkspartei erheblich, die den Mittelparteien bisher nahestehende Sozialdemokratie sehr stark geschwächt aus dem Kampfe hervor-



Freiherr Dr. v. Rosenberg, der neue deutsche Gesandte in Stockholm.

gehen sind, die Sozialdemokratie ferner, was mir das unangenehmste Resultat der Wahlen zu sein scheint, sich in ihrer Zusammensetzung wesentlich radikalisiert hat. Gewinne haben dabei die beiden Flügel, die Deutschnationalen und die Kommunisten, sowie die in manchen Beziehungen rechtsradikal, in anderen linksradikal orientierten Deutschvölkischen. Ein Verstoß der Stimmenzahlen vom 1920 und 1924 zeigt, dass die über der letztgenannten Gruppe ihr nicht etwa nur von rechts, sondern zum Teil von weit links her zugewandert sind.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass durch das deutsche Volk die gewaltige Kräfte der Wahlen gehen, die für den aufmerksamen Beobachter schon lange vorhanden waren und nur wegen unseres alten Wahlsystems, das keine Nachwahlen kennt, erst so spät in die Erscheinung getreten sind: nationale Empörung über die von Frankreich und Belgien uns angelegene wirtschaftlich und soziale Empörung über das durch die sozialpolitisch herbeigeführte wirtschaftliche Elend. Das Ausland hat kein Recht, sich über diese Erscheinungen zu wundern, sondern immer wieder haben ruhig und gemässigt denkende Völker auf diese unausbleiblichen Folgen der französischen Politik hingewiesen, aber immer vergeblich. Zu spät ist jetzt englische Blätter die Unterjochungspolitik Poincarés als Anschwellen der Empörung in Deutschland verantwortlich anzuliegen, das mindeste getan, um diese französische Gewaltpolitik zu mildern, deren Früchte sich gerade im besetzten Gebiet im Zusammenbruch der kommunistischen Stimmten besonders deutlich

zeigen will nun die Mehrheit des deutschen Volkes? Klar ist, dass nicht will, das Volk hat abgelehnt den Kommunismus und hat nur wenig über ein Achtel der Mandate (62 von 471) erhalten und ausser bei einem Teile der Deutschvölkischen und geringen Sympathien für seine Ideologie findet sich. Es zeigt sich mit erdrückender Mehrheit abgelehnt die Giftflanze des Antisemitismus, denn gerade wegen dieses abscheulichen Programmpunktes haben die Deutschvölkischen nur etwa ein Achtel der Mandate (62) erobert. Allerdings ist es zu erkennen, dass auch die Deutschnationalen den Antisemitismus zu einem Punkte ihres Programms gemacht haben. Abgelehnt ist endlich jeder der Reichseinheit bedingende Partikularismus, wie die sehr geringe Stimmenzahl der Parteien zeigt, denen solche Tendenzen zugehört werden können.

Die Wahlen bedeuten also ein imponantes Bekundung der Einheitsdes Reiches, eine unzweifelhafte

Absage an den Antisemitismus und eine scharfe Verurteilung des Klassenkampfes. In aussenpolitischer Beziehung aber sind sie ein Votum dafür, dass das Gutachten der Sachverständigen als Grundlage für Verhandlungen angenommen werde. Auf dieses Programm sind 234 Abgeordnete der Sozialdemokraten (100), des Zentrums (62), der Deutschen Volkspartei (44) und der Demokraten (28) ausdrücklich gewählt. Die Bayerische Volkspartei (15) hat sich nach den Wahlen dazu bekannt, der Bayerische Bauernbund (10) wird wohl die gleiche Haltung einnehmen. Dadurch wächst die Stimmenzahl auf 259 gegen 212, keine grosse, aber immerhin klare Mehrheit. Wenn die Deutschnationalen voranzutreten, würden es 264 gegen 207 werden. Der von der Sozialdemokratie angeregte Volksentscheid ist daher gänzlich überflüssig und aussenpolitisch verfehlt, weil er die den französischen Nationalisten willkommenen Legende unterstützt, dass das deutsche Volk habe sich bei den Wahlen gegen das Gutachten ausgesprochen.

Die Zusammensetzung der Reichsregierung braucht durch den Wahlausgang nicht sofort beeinflusst zu werden. Die jetzige Regierung kann im Amte bleiben, solange ihr nicht der Reichstag sein Vertrauen entzieht, Klarheit darüber aber müsste geschaffen werden, damit nicht etwa während der demnächst beginnenden Reparationsverhandlungen das Kabinett durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht wird.

Kommt es zu einer Um- oder Neubildung der Reichsregierung, so ist eine Mehrheitsregierung ohne die eine oder die andere der beiden stärksten Parteien, der Deutschnationalen oder der Sozialdemokraten nicht denkbar. Jede Regierungspartei hat nun nicht nur das Recht, sondern muss oben dargelegten Auffassung nach sogar die Pflicht, ihr Wahlprogramm im Sinne des Wahlausganges zu überprüfen. Nichts wäre gerade vom demokratischen Standpunkt aus, verkehrter, als eine solche Anpassung an die öffentliche Meinung tadeln zu wollen. Dabei sei auch darauf hingewiesen, wieviel zum Beispiel die englische Arbeiterpartei nach Übernahme der Regierung von ihrem Wahlprogramm pressegesehen hat.

Werden die Deutschnationalen Regierungspartei, so können und sollen sie erklären, dass sie das Dawessche Gutachten als Grundlage für Verhandlungen annehmen. Werden die Sozialdemokraten Regierungspartei, so müssen sie bereit sein, einen scharfen Trennungsschnitt zwischen sich und die Kommunisten zu ziehen. Die Demokratische Partei könnte jedenfalls an keiner Regierungskombination sich beteiligen, bei der die in den Wahlen deutlich bekundete öffentliche Meinung nicht berücksichtigt würde.

Die vorstehenden Betrachtungen waren vor den französischen Wahlen geschrieben. Der am 11. Mai bekundete „Rück nach links“ bewahrt Frankreich vor drohender, moralischer Isolierung. Für die deutsche auswärtige Politik ist es nunmehr doppelt und dreifach wichtig, nicht durch Ablehnung des Gutachtens der Sachverständigen Deutschland moralisch zu isolieren, was gleichzeitig empfindlichen wirtschaftlichen Untergang bedeuten würde.

Gesandtenwechsel in Stockholm.

Nadolny Botschafter in Konstantinopel. Reichsminister a. D. v. Rosenberg in Stockholm.

Berlin (W. T. B.) Der bisherige Gesandte in Stockholm, Nadolny, ist in gleicher Eigenschaft unter Verleihung des persönlichen Charakters als Botschafter, nach Konstantinopel versetzt worden. Der Reichsminister des Auswärtigen a. D. v. Rosenberg ist zum Gesandten in Stockholm ernannt worden.

Der neue Botschafter in Konstantinopel, Rudolf Nadolny, ist am 12. Juli 1873 geboren. Nach bestandener juristischer Staatsprüfung wurde er am 6. April 1902 in das Auswärtige Amt einberufen und am 28. Juni 1903 der Botschaft in Petersburg zugeteilt. Am 23. Dezember 1907 wurde er im Auswärtigen Amt zum Legationsrat, und am 25. Mai 1914 zum Wirklichen Legationsrat ernannt. Nachdem er im Jahre 1913 bereits an den Konsulaten in Sarajewo und Albanien tätig gewesen war, wurde ihm im Juli 1916 die Verwaltung der Gesandtschaft in Persien übertragen. Am 30. Juni 1918 wurde er zum Geh. Legationsrat ernannt. 1919 war er Leiter der politischen Abteilung beim Reichspräsidenten. Am 17. Januar 1920 wurde er zum Geschäftsträger in Stockholm und am 5. Mai 1920 zum ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm befördert. Wie wir schon gesagt haben, ist Herr Nadolny ein Diplomat von umfassendem Wissen mit ruhigem, sicherem Urteil. Bemerkenswert ist die Form der Ernennung. England und andere Grossstaaten haben zurzeit in Konstantinopel nur einen „Geschäftsträger“. Die deutsche Regierung hat zwischen der Entsendung eines Botschafters und der Ernennung eines Geschäftsträgers einen Mittelweg gewählt.

Der neuernannte Gesandte in Stockholm, Erhr. v. Rosenberg, ist am 26. Dezember 1874 geboren. Nach bestandener grosser Staatsprüfung wurde er am 17. April 1903 in das Auswärtige Amt einberufen und am 21. Februar 1905 nach Antwerpen entsandt. Am 29. Oktober 1907 wurde er als ständiger Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt einberufen, wo er 1912 zum Geheimen Legationsrat und vortragenden Rat und 1916 zum Geheimen Legationsrat ernannt wurde. Am 8. Dezember 1917 wurde ihm Titel und Rang eines ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers verliehen. Nach längerer Tätigkeit in der Gesandtschaft Bern wurde er am 19. Januar 1921 zum Geschäftsträger in Wien und am 20. Mai 1920 zum ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien ernannt. In gleicher Eigenschaft leitete er vom 24. Dezember 1921 die Gesandtschaft in Kopenhagen, bis er am 22. November 1922 zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt wurde. Am 13. August 1923 ist er mit dem Kabinett Kuno von seinem Posten zurückgetreten.

Das Wirtschaftsproblem Oberschlesien.

Von Dr. Felix Pinner. Gleiwitz, im Mai.

Oberschlesien, vor jetzt etwa zweieinhalb Jahren durch den „weisen Spruch“ des Völkerbundsrats politisch in zwei Teile zerrissen, späterhin durch das sogenannte Genèr-Abkommen wirtschaftlich für eine Übergangszeit wieder zusammengeklammert, ist trotz alledem kein Landesteil, der resigniert. Was organisch verbunden und nur durch diese organische Verbindung in seinem Aufbau erklärlich, in seinem Bestand haltbar war, hat der kleinpolitische Nationalismus, dem das französische Hezemoniebestreben die Wege ebnete, brutal zerschitten. Was ist zerstört worden und was will leben?

Die deutsche Kultur, und zwar sowohl die des Geistes wie die der Wirtschaft, die bei alledem zunehmen der geist-



Rudolf Nadolny, der neue deutsche Botschafter in Konstantinopel.

losen und mechanischen Zahl, und zwar einer durch künstliche Auslegung verfältschten Zahl, beiseitegeschoben wurde, hat sich in diesen zweieinhalb Jahren kräftig — man weiss freilich nicht, ob mit dem Mute der Schaffenskraft oder mit dem der Verzweiflung — geregelt. Insbesondere die ober-schlesischen Städte kämpfen. Kattowitz, das nach Polen verschlagene, kämpft mit allen geistigen Kräften, die ihm stets innenwärts, gegen die immer stärker andrängenden Trüben Wasser der Polonisation und konnte doch nicht verhindern, dass ihm jetzt wahrnehmbar ein deutsches Theater entrissen wird. Die deutsch gebliebenen Städte Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, denen durch die Trennung ein gut Teil ihres industriellen und verkehrspolitischen Hinterlandes verlorengegangen ist — besonders das in eine tote Ecke gedrängte Beuthen ist in schlimmer Lage — kämpfen um neue Möglichkeiten. Ihr ganzes Handeln wird beherrscht durch die Parole „Trotzdem“. Sie regen sich, sie zeigen Lebendigkeit und Initiative. In Beuthen sieht man gerade jetzt erstaunlich umfangreiche neue Häuserbauten entstehen. Gleiwitz, das früher weithin von der Landesgrenze und gerade nur an der Peripherie des grossen, dort ziemlich weitmäschigen Industriegebiets lag, dieses Gleiwitz, das heute Grenzstadt geworden ist, die industriellen Verbands- und Zentralverwaltungen des deutsch gebliebenen Oberschlesiens an sich gezogen hat und mit Kattowitz um die Vorherrschaft im Transit- und Produktenthandel kämpft, hat solchen eine ober-schlesische Werbewoche veranstaltet, in der es seine neue, in diesem Falle verstärkte Bedeutung, nicht nur seine wirtschaftliche, sondern in erster Linie auch seine kulturelle Mission dokumentieren will. Diese Werbewoche nennt sich eine ober-schlesische. Aber sie ist es nicht in dem Sinne, dass ganz Oberschlesien, insbesondere die benachbarten Schweslerslände, mit dokumentieren und zusammenschlossen etwas Gemeinsames für den Wiederaufbau der Industriezweige erreichen wollen. Die deutsch-oberschlesischen Städte kämpfen auch gegeneinander um die Vorherrschaft. Da dieses Kämpfen aber ein Wettfeiern ist, so wird es hoffentlich gemeinsame Steigerung, nicht wechselseitige Schwächung ergeben. Die Gleiwitzer Werbewoche, eine Veranstaltung reger der Industrie als der an diesem Platz ausserordentlich reger Kaufmannschaft, ist eine erstauulich grosszügige, umfangreiche und vielseitige Veranstaltung. Beiläufig, der preussische Kultusminister, war zur Eröffnung da. Breslauer Ober- und Schachspielhaus veranstalteten Festaufführungen, das Berliner Sinfonieorchester mit Leo Blech an der Spitze spielte, Peter Behrens